

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Befellungen nehmen die Druckerei  
und die Anzeigenabteilung entgegen.  
— Druckerei Montag, 9. Sept.  
Sternplatz - Anschluss Nr. 22.

Telegramme: Lagerplatz Erzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1909

Nr. 210

Mittwoch, den 9. September 1931

26. Jahrgang

# Völkerbundsversammlung in Genf eröffnet

Genf, 7. September. Schon lange vor dem auf 11 Uhr angelegten Beginn der Eröffnungssitzung der 12. Völkerbundsversammlung herrschte in den Wandelgängen des Versammlungsgeländes das an solchen Tagen übliche lebhafteste Treiben. Auf der Straße hat sich eine große, durch umfangreiche Ordnungsmaßnahmen zurückgehaltene Menge angesammelt, die, da die Tribüne nur über eine beschränkte Anzahl Plätze verfügt, wenigstens die Aufsicht der Delegierten erleben will. Pünktlich um 11 Uhr eröffnete der Vizepräsident, der spanische Außenminister Ferrero, vor vollbesetztem Haus die Versammlung. Zunächst wurde auf Grund einer Vorklage die Zusammensetzung des Ausschusses zur Prüfung der Vorschläge bekanntgegeben. Der Ausschuss trat bereits während der sich anschließenden Eröffnungsrede des vorläufigen Präsidenten zusammen, um noch in der Vormittagsitzung Bericht erstatten zu können.

### Eröffnungssprache Ferrero

In seiner mit Beifall aufgenommenen Eröffnungssprache der Völkerbundsversammlung ging Ferrero kurz auf die wichtigsten Vorgänge des abgelaufenen Arbeitsjahres des Völkerbundes ein. Ein Beweis der zunehmenden Ausbreitung des Rechtsgefühls im internationalen Leben, erklärte er u. a., sei darin zu erblicken, daß nunmehr 87 Staaten, darunter fast alle europäischen Staaten die obligatorische Rechtsprechung des Haager Gerichtshofes anerkennen. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens bedeute auch die Tätigkeit, ja schon das Vorhandensein des im vorigen Jahre eingesetzten Europa-Ausschusses. Der Europa-Ausschuss habe sich im ersten Jahre seines Bestehens hauptsächlich mit einem Teilgebiet der allgemeinen Wirtschaftskrisis, der mittel- und osteuropäischen Landwirtschaftskrisis beschäftigt und hierbei bemerkenswerte Ergebnisse erzielt. Der Ausschuss der Reparations- und Kriegsschuldensachen auf Grund des Vorschlages Hoover's, die Konferenzen von London, Paris, Berlin und Rom zwischen den deutschen, amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Staatsmännern, die Tätigkeit der B. J. und die Arbeiten des Befehlshabers Sachverständigenausschusses seien weiterhin Anzeichen für den Willen zur Geltendmachung und den Wunsch nach Zusammenarbeit.

### Titulescu Präsident

Genf, 7. September. Von den 54 Staaten, die dem Völkerbund zur Zeit angehören, sind in der 12. ordentlichen Tagung der Völkerbundsversammlung 52 Staaten vertreten. Argentinien und Honduras haben keine Vertreter entsandt, 4 Staaten sind durch ihre Ministerpräsidenten, 2 durch ihre Außenminister oder sonstige aktive Minister vertreten. England hat Lord Robert Cecil, Italien Grandi, Frankreich Briand, Japan den Botschafter in Paris, Poshikawa, China den Botschafter in London, Sze, entsandt. Die überseeischen Staaten lassen sich durch ihre europäischen Botschafter vertreten. Der Vertreter Oesterreichs ist Vizekanzler Dr. Schöber. Die deutschen Hauptdelegierten, Außenminister Dr. Curtius, Graf Bernstorff und Dr. Gaus haben in der ersten Reihe der Delegationen vor dem Tisch des Präsidenten Platz genommen. Die Völkerbundsversammlung hat vormittags den zweiten rumänischen Delegierten, den Botschafter in London, Titulescu, zum Präsidenten gewählt. Titulescu erhielt von den 49 abgegebenen Stimmen 21. Auf den ungarischen Delegierten Graf Apponyi entfielen 21 Stimmen. Titulescu war bekanntlich auch Präsident der 11. Völkerbundsversammlung. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Völkerbundes, daß ein Delegierter zweimal hintereinander zum Präsidenten gewählt wurde. Titulescu begann seine Amtsübernahme mit einer längeren programmatischen Rede. Er stellte die Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit der Völkerbundsarbeit hin als das Ziel, an dem er nach Kräften mitarbeiten wolle in den Mittelpunkt. Er warnte seinerseits vor übertriebenem Pessimismus und erklärte, man dürfe nicht von einem Zusammenbruch sprechen, sondern müsse die gegenwärtigen Verhältnisse als eine Baustätte betrachten. Die „Arbeiten der ersten Stunde“ können vergessen werden. Es komme nur darauf an, daß späteren Geschlechtern das Gebäude des Friedens überliefert wird. Zu diesem Zwecke müßte mit Vertrauen, Umsicht, Aktivität und Opferinn gearbeitet werden.

### Die Erledigung der Zollunionsfrage

Genf, 7. September. In der heutigen Ratssitzung wurde die deutsch-österreichische Zollunionsfrage in der Weise erledigt, daß der Rat eine Entschlieung faßte, nach der von dem Haager Gutachten Kenntnis genommen, dem Haager Gerichtshof der offizielle Dank ausgesprochen und im übrigen festgestellt wird, daß nach den im Europaausschuss abgegebenen Erklärungen für den Völkerbundsrat kein Anlaß zur Weiterverfolgung der Angelegenheit bestehe. Dieses Ergebnis beweist, daß die Situation im Zollunionsprojekt deutschseits zutreffend beurteilt worden ist und daß die dementsprechend befohlene Politik richtig war. Worauf es ankommt, war, daß nicht etwa eine neue Diskussion im Völkerbundsrat entstände, die zu unübersichtlichen Folgen hätte führen können. Der Einmütigkeit der deutschen Delegation bei den Besprechungen des letzten Tages ist es zu verdanken, daß die Erledigung der Angelegenheit heute ausschließlich in der Hand des Vizepräsidenten lag. Seine Erklärung war von äußerster Knappheit und enthält keine unmittelbare Wiederholung des von Deutschland und Oesterreich im Europaausschuss abgegebenen Erklärungen. Wichtig war es auch, daß der Beschluß der Völker-

bundestates heute erfolgen konnte, obwohl das offizielle Begleitschreiben noch nicht an den Völkerbundsrat gelangt war und erst auf Vorschlag des deutschen Außenministers durch eine telefonische Uebersmittlung des Briefes erlangt wurde. Infolgedessen konnte der aufgetauchte Gedanke, die Entschlieung des Rates auf eine spätere, dem Datum nach noch nicht festzusetzende Sitzung des Völkerbundsrates zu verschieben, was neue Ungewißheit und neue Komplikationen zur Folge haben konnte, sich nicht durchsetzen. Die materiellen Voraussetzungen für den reibungslosen Ablauf der heutigen Beschlußfassung waren naturgemäß die im Europaausschuss abgegebenen Erklärungen, die, wie sich aus dem Ablauf der Ereignisse ergeben hat, nur dort am Platze waren und nicht etwa im Völkerbundsrat noch bekanntwerden des Haager Gutachtens. Es wäre in der Tat unnatürlich gewesen, wenn bei Erörterung der Zollunionsfrage im Europaausschuss am 8. September der deutsche Vertreter an dem Problem der deutsch-österreichischen Zollunion vorbeigegangen wäre. Die Zollunionsfrage war wegen ihres wirtschaftlichen Charakters im Rat im Europaausschuss behandelt worden und der unermesslich gewordene Mißbrauch der Aktion war um so zwangloser möglich, als sich in der Zwischenzeit in dem gleichen Stadium größere Möglichkeiten für eine europäische Zusammenarbeit, wie sie ja auch das deutsch-österreichische Projekt von Anfang an im Auge hatte, ergeben hatten. Es wird jetzt alles darauf ankommen, wie diese Möglichkeiten ausgenutzt werden, insbesondere wie von dem Schema

für Zollunionen, für das sich der Europaausschuss eingesetzt hat, Gebrauch gemacht wird. Ohne diese Vorbereitung wäre die heutige Erledigung im Völkerbundsrat nicht auf eine reine Regifizierung beschränkt geblieben, sondern es hätte auch die wirtschaftliche Seite der Frage erörtert werden müssen, was bei der bekannten Einstellung der Gegenseite zweifellos weitgehende politische Auseinandersetzungen zur Folge gehabt hätte. Derartige Auseinandersetzungen, durch die neue politische Spannung und weitere wirtschaftliche Unsicherheit entstanden wäre, gerade jetzt vermieden zu haben, kann als das entscheidende Ergebnis der deutschen Politik in Genf festgestellt werden. Derartige Weisungen waren nur zu vermeiden durch Erklärungen, die vor Bekanntgabe des Haager Gutachtens erfolgten, da sie nach Bekanntwerden des Haager Gutachtens ihre Wirkung verlor und daher die Gegenseite zu neuen Forderungen veranlaßt hätten. Das ist durch die Haltung Deutschlands vorausschauend vermieden worden, und daher der nun unvermeidlich gewordene Mißbrauch der gesamten Aktion in einer Weise wolgogen worden, die der Gesamtheit Rechnung trug und den deutschen Interessen am besten entsprach.

### Vor einer Rede Curtius

Genf, 7. September. Der deutsche Außenminister Dr. Curtius wird voraussichtlich am Donnerstag in der Bundessversammlung im Rahmen der allgemeinen Aussprache das Wort zu einer längeren Rede ergreifen.

Die Reise des Staatssekretärs von Bülow nach Genf  
Berlin, 7. Sept. Von zuständiger Stelle wird die Nachricht bestätigt, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Bülow, auf Wunsch des Reichsaußenministers nach Genf reist. Staatssekretär von Bülow wird ungefähr zwei Tage in Genf bleiben, um mit dem Außenminister die Einzelheiten des für Ende dieses Monats geplanten französischen Besuchs in Berlin zu besprechen. An den Verhandlungen des Völkerbundsrates oder der Völkerbundsversammlung wird Staatssekretär von Bülow selbstverständlich nicht teilnehmen, da er nicht Mitglied der Delegation ist.

### Baden-Baden statt Berlin?

Berlin, 7. Sept. Wie die Nachrichten aus Genf zu berichten weiß, schweben bei der französischen Delegation Erwägungen darüber, ob der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister zur Fortsetzung der Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem deutschen Außenminister tatsächlich die Reise bis Berlin unternehmen sollen. Es wird als möglich bezeichnet, daß ein französischer Vorschlag austauscht, diese Besprechungen nicht in Berlin, sondern im Anschluß an die Genfer Verhandlungen etwa in Baden-Baden stattfinden zu lassen.

### Vertreter des Saargebiets bei Dr. Curtius

Genf, 7. Sept. Reichsaußenminister Dr. Curtius empfing heute einige Vertreter des Saargebiets, mit denen er sich eingehend über die allgemeine Lage im Saargebiet unterhielt. Das deutsche Mitglied der Regierungskommission des Saargebiets, Gohmann, ist gleichfalls in Genf eingetroffen, wo er heute eine Besprechung mit Dr. Curtius hatte.

### Der Schenker-Vertrag vor dem Abschluß

Beratungen über eine Stillhalte-Rotverordnung  
Berlin, 7. September. Wie wir erfahren, ist das Reichskabinett heute nachmittag zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der eine Reihe wirtschaftlicher Fragen behandelt wird. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Beratungen über den Schenker-Vertrag heute zum Abschluß kommen. Außerdem spricht man von einer weiteren Rotverordnung, die die Durchführung des Stillhalteabkommens sichern soll, indem sie der Regierung die Ermächtigung gibt, alle Maßnahmen zu treffen, die damit zusammenhängen. Ferner beschäftigt sich das Kabinett mit Siedlungsfragen.

### Französischer 50-Millionen-Schilling-Kredit für Oesterreich

Paris, 7. Sept. Wie die Agence Economique et Financiere aus zuverlässiger Quelle erfährt, bestätigt es sich, daß Oesterreich von Frankreich einen Kredit in Höhe von 50 Millionen Schilling erhalten hat. Er soll zur Wiederauffüllung der 150-Millionen-Schilling-Anleihe dienen, von der an England bekanntlich bereits 50 Millionen Schilling zurückgezahlt wurden. Das Blatt fügt hinzu, daß Oesterreich im Augenblick keine neue finanzielle Unterstützung vor Ende Oktober beanspruchen werde. Wahrscheinlich würde bis dahin der vom Völkerbund eingesetzte Ausschuss zur Prüfung der österreichischen Finanz- und Wirtschaftslage seine Arbeiten beendet haben.

### Breuchen will 150-200 Millionen einsparen

Berlin, 8. September. Das finanzielle Ergebnis der von der preussischen Staatsregierung für Preußen und seine Gemeinden in Aussicht genommenen Sparmaßnahmen wird dem „Vorwärts“ zufolge auf 150-200 Millionen RM beziffert. Davon entfällt auf die Volksschulen bzw. ihre Lehrer durch Kürzung der Stellenzulagen ein Betrag von rund 40 Millionen RM.

## Ein Siedlungsplan des Reichsfinanzministers

Berlin, 7. Sept. Wie wir erfahren, hat Reichsfinanzminister Dietrich dem Reichskabinett einen großzügigen Siedlungsplan vorgelegt, der in absehbarer Zeit zehn Prozent der Arbeitslosigen unterzubringen soll und damit als ein wertvoller Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angesehen ist. Der Dietrich'sche Vorschlag zeigt der Siedlung einen ganz neuen Weg. Das bisherige System der ländlichen Siedlung begegnete aus psychologischen und aus finanziellen Gründen großen Schwierigkeiten. Der Reichsfinanzminister empfiehlt eine halb städtische, halb ländliche Siedlung. Nach seinem Vorschlag soll die Siedlung in der Nähe von Städten erfolgen. Der Boden soll aus städtischem und staatlichem Besitz hergegeben werden, von den Materialkosten s. B. das Holz aus den staatlichen Forsten. Die Siedlung soll zunächst die Kleinmögliche Form bekommen: ein kleines primitives Haus mit zwei bis vier Morgen Land. Voraussetzung für die Verpachtung einer Siedlerstelle ist, daß der Pächter, dem übrigens für später das Erwerbsrecht offengehalten wird, bei der Herstellung des Hauses mitarbeitet. Außerdem sollen andere Arbeitslose her-

angezogen werden. Eine Mehrzahlung über die Unterstützung hinaus ist allerdings nur in Form von Verpflegung auf der Arbeitsstelle und Transport zu und von ihr vorgesehen. Abgesehen davon, daß die psychologischen Schwierigkeiten der ländlichen Siedlung durch die Nähe der Städte beseitigt werden, rechnet man bei dieser Form der Errichtung der Siedlerstellen damit, für 200 Millionen RM, die aus der Haussteuer aufzubringen wären, etwa 100 000 Siedler ansetzen zu können. Noch im September soll nach dem vorliegenden Plan mit dem Werk begonnen werden, so daß bis zum Frühjahr 100 000 Siedler untergebracht sind. Sie würden die Unterstützung noch bis zur nächsten Ernte, spätestens bis zum Ende des Jahres 1932, bekommen. Der Vorschlag des Ministers betont besonders die Notwendigkeit einer einheitlichen Durchführung für das ganze Reich und empfiehlt die Einsetzung eines Reichskommissars für das Kleinmögliche, der nur dem Reichskanzler direkt unterstehen würde. Ihm soll ein Betrag zur Seite gestellt werden, der aus Beiträgen der verschiedenen Reichsverbände und des betreffenden Bundes besteht.